

Staatsministerium BW
Herrn Kretschmann
Richard-Wagner-Straße 15

70184 Stuttgart

30. Oktober 2013

**Gemeinsam statt gegeneinander
Landesplanungsgesetz und Windenergieerlass**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

in unserem Schreiben vom 07. November 2012 haben wir uns schon einmal an Sie gewandt. Unter Punkt 1 bis 3 haben wir unter anderem angeführt: *Die derzeitige Gesetzeslage führt zu Unmut und Unfrieden unter den Bürgern, zwischen Bürger und Gemeindeverwaltung sowie unter den Kommunen. Die Möglichkeit der Einflussnahme seitens der Bürgerschaft ist faktisch Null. Die Lasten werden durch einwohnerschwache Gemeinden, aber auch durch die Nachbarkommunen getragen.*

Fast ein Jahr später sehen die aktuellen Planungen nun so aus, dass die Teilflächennutzungspläne Wind in Gaggenau und Malsch jeweils vornehmlich Gebiete in Nähe der einwohnerschwachen Ortsteile und an den Gemarkungsgrenzen ausweisen.

Treten am Markt negative externe Effekte auf, beziehungsweise werden die Kosten / Schäden nicht durch die Akteure internalisiert, greift in der Regel der Staat ein, um dieses Marktversagen zu regulieren. Die grün-rote Landesregierung hingegen macht sich genau dieses Phänomen zu Nutze, in dem es die Regionalpläne außer Kraft gesetzt und die Planung auf Gemeindeebene delegiert hat. Wir finden das in Anbetracht der Schäden an Natur und Mensch unverantwortlich.

Warum hält die Landesregierung weiter an ihrem Kurs fest, obwohl viele Experten inzwischen davor warnen, dass die Privilegierung und einseitige Subventionierung der Windkraft einem Gelingen der Energiewende entgegenstehen?

Anbei übersende ich Ihnen die von den Bürgerinitiativen proNaturRaum Malsch, Völkersbach, Waldprechtsweier und Sulzbach sowie Runder Tisch Windkraft-Frei-olsheim an die Verantwortlichen in der Kommunalpolitik und –verwaltung abgegebene Erklärung.

Gerne stehen wir zu einem Gespräch bereit.

Mit freundlichen Grüßen

proNaturRaum
Claudia Weinreuter